

★ ATTENZIÖNE

LINKE INFOBROSCHÜRE FÜR PIRNA UND UMGEBUNG

Nazis blockieren - Gedenken kritisieren!



- Der 13./19.02. in Dresden
- In Interview: Zum Scheunenhof-Center
- Im Buch: Liederheft des AKuBiZ
- Im Gedenken: Sieg in Spanien
- Im Blick: Der Pirnaer Friedenspark

Neues Buch bei AKuBiZ e.V.

„Die Republik vor Gericht“

Die andere Geschichte der Bundesrepublik wird auf 960 Seiten erzählt und ist eine Veröffentlichung von 2005. Autor ist der Anwalt Heinrich Hannover, der 1925 in Anklam geboren wurde. Dennoch ist es so geschrieben, dass es auch Menschen nachvollziehen können, die keine Jurist_innen sind. Die Liste seiner Mandanten ist lang: Otto Schily, Günter Wallraff oder Daniel Cohn-Bendit. Sie alle zählten zu den Staatsfeinden der Adenauer-Republik. Hannover schildert, wie sich der Staat gegen seine Kritiker_innen zur Wehr setzte und dass viele dieser „Ankläger“ bereits unter den Nationalsozialisten tätig waren. Eine definitiv spannende Lektüre, für die wir uns bei den Spender_innen des Jenaer Aktionsnetzwerkes bedanken.

Leserbrief vom 25. Januar 2011

Liebe Freunde,
mit Interesse verfolge ich die Diskussionen um den Friedenspark und die Umsetzung des Denkmals. Solche Erinnerungsorte verschwinden ja nach und nach - ein Stoppen scheint kaum möglich! Leider! Erinnerungsorte müssen sichtbar sein - nicht am Rande von Gemeinden. Der Friedenspark mit dem Gedenkstein ist ein gutes Symbol gegen Krieg und Faschismus, dass so erhalten bleiben sollte. Aber diese Erinnerung muss wach gehalten werden. Durch Veranstaltungen zum Thema. In Pirna war dies ja auch der Fall.

Warum soll das Denkmal verschwinden? Stören sich Menschen an der Befreiung vom Hitlerfaschismus? Sind das nur Antidemokraten oder auch solche, die vorgeben Demokraten zu sein? Bestünde auch der Wunsch einer Abschaffung, wenn es kein Denkmal der Roten Armee wäre?

Ich denke wohl eher nicht. Das Zurückdrängen solcher Plätze verfälscht die Geschichte. Wo es keine Befreier gab, gab es auch niemanden, der befreit wurde. Ich drücke Pirna die Daumen, dass es derartigen Unsinn verhindern kann.

Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus.

Im übrigen auch alles Gute zum 10-Jährigen! Weiterhin Erfolg, Standfestigkeit und Kraft.
Mit freundlichen Grüßen M. B. (Dresden)

Vergessene Erinnerung

Aufruf zur Teilnahme an der Veranstaltung zum Gedenken an die ermordeten Dresdner Juden und Jüdinnen. Am 16. Februar, 16.00 Uhr wollen wir am Mahnmal für die deportierten Dresdner Jüd_innen am Eingang des Bahnhofs Neustadt derer erinnern, die durch Nationalsozialist_innen gedemütigt, verfolgt und millionenfach ermordet wurden.

Der 16. Februar 1945 sollte der letzte Deportationstag für die noch in Dresden verbliebenen Jüd_innen sein. Die Deportationen konnten aufgrund der Bombenangriffe nicht mehr stattfinden. Die Tage, Monate und Jahre zuvor waren für die jüdische Bevölkerung geprägt von Angst, von Beschimpfungen durch Nachbar_innen, (ehemalige) Mitschüler_innen und Kolleg_innen und vom Verschwinden ganzer Familien und vieler Freund_innen. Kaum Jemand fand sich, um zu helfen und damit für Gerechtigkeit und Menschenwürde einzutreten. Die Masse schwieg. Schlimmer noch, viele stimmten zu, denunzierten, waren Teil der Vernichtung oder bereicherten sich. Die Bombenangriffe richteten sich auch gegen diesen Verlust der Zivilität. Die Nachgeborenen stehen heute in der Verantwortung, für den Schutz der Orte Sorge zu tragen, die an die Opfer erinnern.

In Dresden mahnen erst fünf Stolpersteine der ermordeten jüdischen Bewohner_innen. Insbesondere der Neustädter Bahnhof als Ausgangspunkt der Deportation in Vernichtungslager, der Wettiner Platz als Ort der Bücherverbrennung und das „Judenlager Hellerberg“ sollten stärker in der Dresdner Erinnerungskultur verankert werden. Dass Dresden heute noch blinde Flecken in der Erinnerungskultur hat, zeigte sich besonders deutlich, als 2010 der Neustädter Bahnhof als Versammlungsort der Neonazis gewährt wurde oder in vergangenen Jahren der rechte Aufmarsch an der Synagoge vorbei führen durfte. Die behördliche Praxis ist hier mit der gebotenen Würde der Opfer nicht vereinbar. Deshalb laden wir Sie am **16. Februar, 16.00 Uhr**, zum Erinnern und Vergegenwärtigen der Verbrechen des Nationalsozialismus an die Gedenktafel zur Deportation der Dresdner Jüd_innen am Bahnhof Neustadt / Schlesischer Platz, ein. Nach einer kurzen Rede und Musik können Blumen und Kränze niedergelegt werden.

Linden bleiben vorerst stehen

Pirna. Einen kleinen Aufschub haben nun die Pirnaer Winterlinden am Schloßberg bekommen. Einige Tage, nach dem Demonstrant_innen den Erhalt der Bäume forderten, bekommen sie unerwartet Unterstützung. Zur Kundgebung vor dem Rathaus waren rund 70 Menschen gekommen und forderten die Sanierung der Schloßbergtreppen, ohne dabei die Bäume zu beschädigen. Zwar lehnte der Stadtrat dies mit 15 zu 8 Stimmen ab, aber nun kommt es wohl doch anders. Denn Naturschutzbehörden erteilen momentan die Genehmigung zur Fällung der über 100 Jahre alten Linden nicht. Grund dafür ist der mögliche Lebensraum eines besonderen Käfers. Dieser Juchtenkäfer steht auf der bundesdeutschen Roten Liste der bedrohten Tiere. Mit einer Klärung kann erst ab Mai gerechnet werden. Doch ob sich eine Stadt, die so alte Bäume fällen möchte, von einem Käfer beeindruckt lässt, ist wohl fraglich. Der Stadtsprecher Thomas Gockel erklärte schon gegenüber der Dresdner Neuesten Nachrichten, dass am „Ziel“ festgehalten werde.

Warum ein Denkmal im Friedenspark?

Zur momentanen Diskussion um das Denkmal im Friedenspark ist es gekommen, weil die CDU im Pirnaer Stadtrat einen Antrag eingebracht hat, der sich mit der Um- und Neugestaltung des Parks beschäftigt. Ging es zunächst in der über die Sächsische Zeitung vollführten Kampagne erst um Fragen von Bepflanzung und Sicherheit, wurde später die Frage nach dem Sinn des Denkmals an die, bei der Befreiung vom Nationalsozialismus, gefallenen sowjetischen Soldaten geschickt eingeflochten. So wurde das Denkmal (Foto: Tafel am Denkmal) umgehend zum ästhetischen - und Sicherheitshindernis deklariert. Nach Meinung der CDU müsse es daher nicht mehr im Stadtzentrum stehen. Aber warum?

Begründungen fanden sich viele! Zum einen wird behauptet, das dieses Denkmal nur ein Duplikat dessen auf dem Sowjetischen Ehrenfriedhof in Pirna-Rottwerndorf sei. Demnach könne auf

dieses im Friedenspark verzichtet werden. Obwohl es offensichtliche Unterschiede zu diesem Denkmal gibt – wird im allgemeinen von einer Kopie gesprochen. Zum anderen wird auf die angebliche Funktion des Denkmals zu DDR-Zeiten verwiesen. So sei es ein Überbleibsel aus SED Aufmarschzeiten – mit dem einzigen Ziel den damaligen Funktionären die Sicht zu „verschönern“. Nicht zuletzt versperre es den Blick in den Park und dieser müsse künftig frei sein, um potentielle GewalttäterInnen und AlkoholkonsumentInnen schon von Weitem zu sehen. Es ist schon erbärmlich wie mit einem geschichtsträchtigem Thema und deren Überresten in Pirna umgegangen wird.

Viele Menschen haben sich schon für den Erhalt des Denkmals ausgesprochen, denn es ist ein Bestandteil Pirnaer Stadtgeschichte und soll es auch in Zukunft bleiben. Bei einer Diskussionsveranstaltung des Stadtverbandes Pirnas der Partei die LINKE im Januar 2011 wurde darüber diskutiert wie es mit dem Denkmal im Friedenspark weitergehen möge. Es gab viele Wortmeldungen zur Frage des Urhebers, Konstrukteurs und Erbauers des Denkmal. Es wurde aber auch als bedenklich bewertet, welches Zeichen mit einem Abriss an die stark verankerte rechte Szene in Pirna gesendet werde. Schließlich zählt der Friedenspark zu einem der Treffpunkte von Neonazis in Pirna. Ich schlage vor, wir folgen dem Sinn eines Denkmals – Nachzudenken! (Ina Leonhardt)



Der Pirna Stadtrat hat Ende des letzten Jahres den Bau des so genannten Scheunenhof-Center genehmigt. Dort soll nun ein größeres Einkaufszentrum entstehen. Die Befürworter_innen sehen darin eine Belebung der Stadt, die Gegner_innen einen neuen Konsumtempel. Hannes Merz von der Grünen Jugend trat im Pirna TV als einer der Kritiker auf, wir haben ihn noch einmal befragt.

1. Was spricht gegen den Bau des Scheunenhof-Center in dieser Form?

Aus wirtschaftlich und technischer Sicht sprechen gegen den Bau eines Einkaufszentrums am Scheunenhof hauptsächlich zwei Faktoren.

A. Konkurrenz kann das Geschäft zerstören
Der Standardsatz der Marktforschung im Bezug auf den Einzelhandel lautet ja, „Konkurrenz belebt das Geschäft“. Mensch kann diesen Satz richtig finden oder nicht, wir als Initiator_innen des Bürger_innenbegehrens sagen, er stimmt auf Pirna angewandt nicht. Warum dieser Leitsatz nicht stimmt, lässt sich am Beispiel Pirna wie folgt erklären. Konkurrenz könnte nur dann eventuell das Geschäft beleben, wenn die Konkurrenten im großen und ganzen die selben Möglichkeiten haben, es ist aber nicht so. Das heißt ein Einkaufszentrum in Pirnas Innenstadt würde keine Konkurrenzsituation schaffen, sondern eine Verdrängungssituation erzeugen. Da die großen Ketten á la Media Markt, Takko, C&A, etc die sich in einem Einkaufszentrum ansiedeln würden wesentlich mehr Möglichkeiten bei Werbung, Preisgestaltung oder finanziellen Reserven haben, als die kleinen Einzelhändler_innen mit einer_em oder zwei Angestellten und wenig oder gar keinen finanziellen Reserven. Das Ergebnis wäre mittel- und langfristig wahrscheinlich das Verschwinden von bestimmten Geschäften, wie zum Beispiel von viele Bekleidungsläden. Außerdem besteht die Gefahr, dass ein Teil der Ketten die bereits in der Innenstadt vertreten sind einfach in das Einkaufszentrum abwandern, die Folge wäre mehr Leerstand in der Innenstadt.

B. Es gibt kein schlüssiges Verkehrskonzept
Ein Einkaufszentrum verursacht viel Verkehr, neben dem An- und Abtransport von Waren auch die An- und Abfahrt der Kund_innen. Nur leider gibt es kein wirklich schlüssiges Verkehrskonzept, wie der zusätzliche Verkehr zu Einkaufszentrum hin und wieder weg geführt werden soll. So ist geplant die Hauptzufahrt auf die Hospitalstraße zu legen, was bedeutet die Hospitalstraße würde von einer eher ruhigen Einbahnstraße zu einer „gut befahrenen“ Straße werden, was wiederum heißt die Einbahnstraße müsste aufgehoben werden. Das Ergebnis wäre eine deutlich erhöhte Lärmbelastung für die Anwohner_innen der Hospitalstraße. Außerdem gibt es keine Vorschläge wie der Verkehr, der aus Richtung Copitz kommt, gesteuert werden kann. Es ist anzunehmen, dass dieser Verkehr über die Bahnhofstraße zum Einkaufszentrum rollen wird, was wiederum noch mehr Lärmbelastung auf der Bahnhofstraße bedeutet. Aber dass viel grundsätzlicheres Problem ist, dass sich niemand Gedanken darüber gemacht hat wie mensch den mehr zu erwartenden Autoverkehr eventuell vermeiden oder zu mindestens verringern kann.

2. Wie war denn die Entscheidung im Stadtrat?

Die Entscheidung im Stadtrat am 30. November 2010 war relativ eindeutig, 18 Stadträt_innen waren für ein Einkaufszentrum nur vier dagegen (nicht mitgerechnet die zwei Nazis). Das Ergebnis hat uns aber nicht überrascht, da bereits im Vorfeld abzusehen war wie sich die Fraktionen und die einzelnen Stadträt_innen entscheiden würden. Eine Mehrheit gegen ein Einkaufszentrum war und ist im Stadtrat nicht zu erwarten.



3. Warum engagiert sich gerade die Grüne-Jugend gegen dieses Center und wer sind eure Partner_innen?

Zuerst ist zu sagen, dass die Idee für das Bürger_innenbegehren nicht von der Grünen Jugend kam, sondern eine Idee der Jusos ist. Die Jusos sind zu Beginn des Jahres 2010 an uns herantreten und haben uns erstmal richtig auf das Problem gestoßen und seit eben gut einem Jahr arbeiten wir nun zusammen und versuchen den Widerstand gegen das Einkaufszentrum zu organisieren. Unterstützt werden wir hierbei vom Stadtverband von Bündnis 90/Die Grünen und einigen Sozialdemokrat_innen. Außerdem haben uns viele Händler_innen aus der Innenstadt unterstützt, in dem sie Unterschriftenlisten ausgelegt haben. Warum engagieren wir uns nun gerade. Das sind die eher wirtschaftlichen und technischen Einwände (siehe oben) und zum anderen der Wunsch den Bürger_innen die Möglichkeit zu geben selber zu entscheiden. Denn machen wir uns nichts vor, ein Einkaufszentrum würde das Gesicht der Innenstadt für die nächsten Jahre und Jahrzehnte verändern und über eine solch schwerwiegende Entscheidung sollten die Bürger_innen das letzte Wort haben. Dieses Bürger_innenbegehren soll ein Zeichen sein, dass die Zeit reif ist für mehr direkte Bürger_innenbeteiligung in Pirna. Wir wünschen uns natürlich, dass dies Zeichen auch ein großes wird und das möglichst viele Pirnaer_innen bis Anfang Februar für das Bürger_innenbegehren unterschreiben.

4. Was ist eure Alternative zu der jetzt besprochenen Form?

Das Motto des Bürger_innenbegehrens lautet ja Gemeinwohl vor Konsumtempel und daran soll sich auch die Nutzung des Scheunenhofgeländes orientieren. Wir stellen uns hier einen offenen Prozess vor, in dem die Bürger_innen ihre eigenen Ideen einbringen können und mit Expert_innen über Perspektiven des Areals diskutieren können. Am Ende soll dann ein Vorschlag für einen Bebauung stehen, der so gut wie möglich die verschiedenen Interessen in Einklang

bringt und die Möglichkeit eröffnet das Gelände wirklich im Sinne des Gemeinwohls zu nutzen. Natürlich haben wir uns auch schon Gedanken gemacht wie das Gelände aussehen könnte. Diese Gedanken reichen von einem Kleinfeldsportplatz an der Turnhalle des ESV Lok, über einen Kindergarten, eine lockere Wohnbebauung (Mehrgenerationen-Haus) bis hin zur Nutzung des Scheunenhofgebäudes für Veranstaltungen und die Volkshochschule. Aber wie gesagt das sind nur Vorschläge, es gibt sicherlich auch noch viele Bürger_innen die Ideen haben.

Dann weiterhin viel Erfolg!

Was kann ich persönlich tun?

Wenn Sie ebenfalls der Meinung sind, dass dieses Einkaufszentrum Unsinn ist dann können Sie uns unterstützen:

- Wir organisieren Treffen und Gesprächsrunden um das weitere Vorgehen abzustimmen, dazu laden wir meist per Mail und / oder über die Presse ein. Schreiben Sie uns eine Mail und wir informieren Sie regelmäßig oder verfolgen Sie die aktuelle Tagespresse und die Ankündigungen auf www.unser-scheunenhof.de.

- Informieren Sie Familie, Freunde, Bekannte und Nachbarn! Helfen Sie uns so die Menschen in Pirna für das Thema zu sensibilisieren und aufmerksam zu machen.

- Sollten wir ein Bürgerbegehren anstreben so brauchen wir möglichst viele Unterschriften auf den Unterstützungsbögen - gern können Sie diese dann hier ausdrucken und ausfüllen lassen - wir stellen aber auch Listen zur Verfügung. Diese werden dann im SPD-Bürgerbüro auf der Langen Straße 43 in Pirna erhältlich sein.

- Besuchen Sie auch unsere Seite mit Material - hier können Sie die Argumente herunterladen oder auch Informationsbroschüren bei uns im Büro abholen.

Quelle: www.unser-scheunenhof.de

VON NAZIS, BOMBEN UND BLOCKADEN

Der Februar in Dresden

Jedes Jahr um den 13. Februar versuchen Nazis aufzumarschieren, um mit einem Trauerzug in ihrem Sinne der Bombardierung Dresdens zu gedenken. Jedes Jahr versuchen Antifaschist_innen diesen Aufmarsch zu behindern und im besten Falle zu verhindern. Im letzten Jahr gelang die komplette Verhinderung – ein Erfolg, der viele Facetten und viele Konsequenzen hat.

Bis zum Jahr 2009 gab es immer wieder Behinderungen des größten europäischen Naziaufmarsches. Antifaschist_innen gelang es, Straßen über Stunden lahm zu legen und somit den Aufmarsch zu einer Routenänderung zu zwingen. Die Dresdner Elbbrücken konnten ebenso erfolgreich „dicht“ gemacht werden – wodurch es oft zu erheblichen Behinderungen für die Nazis kam. Zivilgesellschaft, Vereine, Parteien und Gewerkschaften führten Demokatiemeilen am Fürstenzug durch, die später durch eine Demonstration unter dem Motto „Geh Denken“ erweitert wurden. Dazu kamen oft tausende Menschen, unter ihnen prominente Personen aus der ganzen Republik. Die Stadtrepräsentant_innen hingegen fanden es ausreichend mit Kerzen am Altmarkt und an der Frauenkirche zu stehen und den Schriftzug „Diese Stadt hat Nazis satt“ aufzustellen.

Alle Jahre wiederkehrend wird am Morgen des 13. Februar auf dem Heidefriedhof in Dresden den Opfern der Bombardierung gedacht. Form des Gedenkaktes und Umfeld ermöglichen es, den Nazis immer wieder in großer Zahl daran teilzunehmen. In den letzten Jahren kam es dabei aber auch zu Auseinandersetzungen zwischen den Teilnehmenden.

Die Geschichte

In der Nacht vom 13. zum 14. Februar 1945 bombardierten Verbände der „Royal Airforce“ die Stadt Dresden. Der Vernichtungskrieg, den das Deutsche Reich gegen Europa und die Welt vom Zaun gebrochen hatte, kehrte „Heim ins Reich“.

Nachdem die Nationalsozialisten unter dem Beifall der deutschen Mehrheitsbevölkerung die Jüdinnen und Juden Europas ausgerottet hatten, nachdem eine halbe Millionen „Zigeuner“ in den Vernichtungslager ihr Leben ließen, nachdem tausende Andersdenken-

de in den Gaskammern der Nazis dahin gemordet wurden, nachdem die Wehrmacht und SS-Verbände in ganz Europa Massaker verübten, nachdem das 1000-Jährige Reich verbrannte Erde im Osten hinterließ, nachdem sogenannte Asoziale, Homosexuelle, Verbrecher, Behinderte, Kriegsverweigerer und alle Anderen, die für die Herrenrasse als nutzlos ausgemacht wurden, erbarmungslos hingerichtet wurden ... nach all dem, nach 12 Jahren Barbarei, kehrte der Krieg in sein Herkunftsland zurück.

Heute über 75 Jahre nach dem Beginn der Gräueltaten sieht man sich rehabilitiert. Deutschland ist wiedervereint und hat den selbst gewünschten Platz in der Staatengemeinschaft eingenommen – die Führungsrolle in Europa. Heute ist Deutschland mit sich und der Geschichte im Reinen und darf selbst auch Opfer sein. So wird mit einer Selbstverständlichkeit erwartet, dass auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion Soldatenfriedhöfe für die deutschen Invasoren angelegt, währenddessen in Deutschland Denkmale für gefallene sowjetische Soldaten entsorgt werden. Es wird erwartet, dass sich Polen und Tschechien endlich für die sogenannte Vertreibung entschuldigen. Es wird den Brit_innen, die ihren Piloten der „Royal Airforce“ gedenken, mitgeteilt, dass dies der Versöhnung schade. Denn Dresden fühlt sich bereit festzulegen, was der Versöhnung gut tut!

Das Gedenken

Wenn heute gedacht wird – gedacht an sich selbst - gedacht an die Bombardierung von Dresden, dann wird ein Mythos gepflegt. Der Mythos Dresden geht von einer Singularität der Bombardierung aus, denn Dresden wäre anders als andere deutsche Städte gewesen. Dresden wird eingeordnet als Kunststadt, voll von Flüchtlingen und Kulturschaffenden. Es hätte kein Militär gegeben, nur Krankenhäuser und außerdem sei der Krieg sowieso schon entschieden gewesen. Dass die Bombardierungen vielen Jüdinnen und Juden das Leben rettete, wird - wenn überhaupt - dann nur am Rande erwähnt. Und auch, dass Dresden die letzte intakte Garnisonsstadt im Rücken der Ostfront war, wird meist verschwiegen. Die Einordnung Dresdens in diese Zeit wird so aus dem tatsächlichen geschichtlichen Umfeld herausgelöst und von aller eigenen Mitverantwortung freigesprochen. Dieser Mythos, der schon im Nationalsozialismus initiiert wurde, wird über die letzten 66 Jahre gepflegt - in der DDR und in der BRD. Und daran möchte Dresden auch nicht rütteln lassen. Nicht anders ist zu erklären, dass an der

Veranstaltung am Neustädter Bahnhof im Gedenken an die Deportationen keine Vertreter_innen der Stadt teilnahmen.

Die Blockade

Als einer der ersten Vereine riefen wir 2007 zu Blockaden in Dresden auf. Mit anderen Antifaschist_innen sollte der Naziaufmarsch behindert und möglichst verhindert werden. Vor allem aber sollte die Unterschriftenaktion diese Form von zivilen Ungehorsam zur Diskussion stellen. Damals löste dies noch eine Reihe von Empörungen unter zivilgesellschaftlichen Gruppen aus. Im Jahr 2010 kam es dann zu einem Erfolg, der die Großdemonstration der Nazis komplett unterband. Auch in diesem Jahr ist das wieder Ziel. Am 19. Februar 2011 sollen Nazis in Dresden keinen Meter marschieren. Doch dies wird ungleich schwerer als im letzten Jahr. Mittlerweile urteilte das Verwaltungsgericht Dresden, dass die Polizei den rund 6000 Nazis den Aufmarsch hätte ermöglichen müssen. Das hätte geheißen, rund 12.000 Menschen an den Blockadepunkten zu „beräumen“. Wie so etwas geht, haben Stuttgart oder Gorbien Ende des letzten Jahres gezeigt. Dort wurden Rentner_innen, Schüler_innen und andere Demonstrant_innen mit Wasserwerfern und Schlagstöcken traktiert. Der sächsische Innenminister Markus Ulbig teilte seinen Stolz über die Teilnahme sächsischer Einsatzkräfte per Pressemitteilung mit. „Beim Umgang mit Demonstrationen muss generell neu nachgedacht werden.“ ließ er am 09. November 2010 mitteilen.

Die Nazis

Auch für die Nazis ist dieser Tag nicht einfach zu händeln. So gibt es seit Jahren einen Dissens über das Datum des Aufmarsches. Während die sogenannten Freien Kräfte ihren Aufmarsch direkt am 13. Februar durchführen wollen, egal welcher Wochentag es ist – besteht die NPD auf den Sonnabend nach dem 13. Februar, um eine maximale Zahl von Teilnehmenden zu ermöglichen. Dies hat zur Folge das jährlich meist zwei Naziaufmärsche stattfinden. Der erste, der Freien Kräfte, kann zumeist ohne große Störungen durchgeführt werden kann. Immerhin erreicht auch dieser Teilnehmendenzahlen von annähernd 2000 Nazis. Auch in diesem Jahr wird das so sein – die Nazis selbst wollen diesen Aufmarsch mit Fackeln vergruseln. Am 19. Februar dann wollen die Nazis wieder bis zu 7000 deutsche und europäische Ultrarechte nach Dresden lotsen, um wahrscheinlich mit drei

Demorouten einen Sternmarsch zu formieren. Für dieses Jahr haben rechte Gruppen außerdem eine Veranstaltung für den 12. Februar angemeldet.

Die Stadtrepräsentantinnen

Die Oberbürgermeisterin und die sie tragenden Parteien CDU und FDP lehnen Widerstand – im Sinne von Demonstrationen – gegen die Nazis ab. Doch nicht nur das, sie Vermengen den Naziaufmarsch und antifaschistische Proteste zu einem Extremismusbrei, den es zu verurteilen gelte. In diesem Sinne organisiert die Oberbürgermeisterin eine Menschenkette, um die Dresdner Innenstadt, mit dem Ziel Extremist_innen fernzuhalten. Allein die Idee des „menschlichen Schutzschildes“ ist in diesem Zusammenhang mindestens fraglich. Das eigene unbefleckte Gedenken und Trauern um Dresden soll nicht vom „Streit der Extremisten“ untereinander gestört werden. Eine Auseinandersetzung mit den Naziaufmärschen und den Nazis auf dem Heidefriedhof wird nicht geführt, weil der Kern des Problems der Mythos Dresden ist, an dem ja auch selbst festhalten werden soll.

AKuBiZ

Unser Verein steht weiterhin solidarisch an der Seite der Antifaschist_innen, die sich an diesen beiden Tagen den Nazis entgegenstellen. Ziel muss es sein, dass der Naziaufmarsch Geschichte ist und das Gedenken kritisch hinterfragt wird! Es darf nicht vergessen werden, dabei die Gründe zu benennen, die diese Aufmärsche erst möglich machten. Viele Jahre hatten die Stadtverantwortlichen beim Aufmarsch nicht nur weggeschaut, sondern sogar die Nazi-Busse an der Synagoge parken lassen. Eine kritische Reflektion des eigenen Gedenkens gibt es bis Heute nicht. Linke Vertreter_innen sollten deshalb dem Gedenken am Heidefriedhof fernbleiben. Allein die Gestaltung des Ortes ist geschichtsverfälschend und Bestandteil einer nicht tragbaren Gedenkkultur. Angeordnet als Stelenkreis steht dort Dresden unkommentiert und ohne jede Scham in einer Reihe mit Auschwitz und weiteren Stätten des deutschen Terrors. Der Blick auf diese Form scheint im Wandel, immer mehr Gruppen bleiben dem Heidefriedhof schon fern. Eine gute Alternative bietet dabei die Gedenkveranstaltung am Bahnhof Dresden-Neustadt.

No Pasaran! - Sie kommen nicht durch!

Dresdner Denkmal Stories – Widersprüche zwischen Wiederaufbau und Opferidentität

Lange Zeit hatte Dresden einen sehr markanten Ort der an die Bombardierungen vom 13. und 14. Februar 1945 erinnerte. Die Ruine der Frauenkirche, zum Zeitpunkt des Einsturzes »Dom der Deutschen Christen«, war ein weithin bekanntes Zeichen, dass das Ergebnis des 2. Weltkrieg auf den Punkt brachte: das nationalsozialistische Deutschland hat verloren. Die Ruine stand symbolisch für die Wunden der Deutschen und war damit prädestiniert für ihre Opferinszenierungen. Mittlerweile ist die Frauenkirche und ein großer Teil der Innenstadt wiederaufgebaut. Das mag etwa die Barockfundamentalist_innen der »Gesellschaft historischer Neumarkt« glücklich stimmen, bereitet aber dem 13. Februar-Gedenken ernste Probleme. Dass hier Krieg war, dass Dresden Ort eines »Kriegsverbrechen« gewesen sein soll, ist zumindest anhand der baulichen Substanz nicht mehr zu erkennen. Je mehr Dresden wiederaufgebaut wird, umso mehr verliert die Stadt ihre Opferidentität. Da diese aber zentral für das städtische Selbstverständnis ist, braucht es eine Form der Kompensation. Ein Denkmal muss her. Und so hält sich seit der Wiedereröffnung der Frauenkirche eine kontinuierlich geführte Diskussion um immer neue und wirklich würdige Denkmale. Angetrieben ist diese vom Widerspruch zwischen Wiederaufbau einerseits und der möglichst eindrucksvollen Darstellung des Dresdner Leids andererseits.

Und so war ein Nebenprodukt der Forschungen der Historikerkommission, eine Datenbank mit 19.000 Namen von Bombentoten, Auslöser für die jüngste Denkmaldebatte in Dresden. Diese Namenssammlung »zeigt besser als jedes steinerne oder stählerne Monument, welche Dimension das Leid hatte«, so das Mitglied der Historikerkommission Matthias Neutzner. Er erklärt weiter: »nun ist es an der demokratischen Stadtöffentlichkeit, die Ergebnisse verantwortlich zu nutzen.« (1) Eine unnötige Einladung. Denn geht es um das Leid der Stadt, lässt sich die Dresdner Öffentlichkeit nicht lange bitten und ist sofort mit allerhand Vorschlägen zur Stelle. Schnell schaukelten sich diese vom Vorschlag ei-

ner Internet- oder Buchpublikation zur Forderung der FDP nach einem Denkmal in der Innenstadt hoch. Dass damit ein NPD-Vorschlag aufgegriffen wird, stört weder die Liberalen, noch CDU, Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge oder die Stiftung Sächsische Gedenkstätten, die allesamt einstimmen. Und auch die Sächsische Zeitung ist begeistert, sie weiß: »diese 19000 Schicksale gehen alle etwas an.« (2) Zweifel an der Idee werden präventiv abgewatscht: »Es wäre richtig, ein Denkmal mit den Namen zu errichten. Da gibt es nichts zu prüfen, da muss man handeln.« (3) Dass die Bombentoten ausnahmslos »Opfer« sein sollen, darin ist sie sich über alle politische Spektren hinweg einig. Keine Rolle spielt etwa, dass sich unter den Toten die Namen einiger Jüdinnen und Juden, Zwangsarbeiter_innen und politisch Verfolgten befinden. Keine Rolle spielt, dass der Großteil der Namen denen gehört, die deren Verfolgung in die Tat umsetzten, sei es als überzeugte Nazis, als heimliche DenunziantIn, als Wehrmachts- und Volkssturmmitglied oder stillschweigende Mitläufer.

Diese Zusammenhänge bleiben weitgehend unbeachtet. Zwar wurden die NS-Verbrechen in den vergangenen Jahren auch im 13. Februar-Gedenken erwähnt, von den konkreten »TäterInnen« will man jedoch nichts wissen. In Dresden kennt man nur Opfer. Diese Opferidentität wurde auch 2010 nachhaltig gepflegt. Als bekannt wurde, dass in London ein Denkmal zu Ehren des britischen Bomber Command errichtet werden soll, verloren einige in Dresden die Contenance: die Sächsische Zeitung bezeichnete den Vorschlag als »widersinnige Idee«, die Oberbürgermeisterin meinte er sei »rückwärtsgewandt.« (4) Eine bemerkenswerte Sicht in einer Stadt, die allein in den letzten zwei Jahren ihr 13. Februar-Denkmal-repertoire um weitere vier Stück erweitert hat und immer noch nicht genug hat.

- (1) Zwanzigtausend Namen, zwanzigtausend Schicksale, in: Sächsische Zeitung, 24.03.2010. (2) Sächsische Zeitung, 01.06.2010 (3) Sächsische Zeitung, 14.06.2010 (4) Sächsische Zeitung, 08.09.2010

Quelle: www.venceremos.sytes.net

Schließung des ADB droht!

Das Leipziger Antidiskriminierungsbüro Sachsen (ADB) meldet, dass das Projekt kurz vor der Schließung steht.

Seit 6 Jahren engagiert sich das ADB als Beratungs-, Bildungs- und Informationsstelle gegen Ausgrenzung und Benachteiligung von Menschen, die wegen der Herkunft, ihrer Weltanschauung, Behinderung, Lebensalter, Geschlecht oder sexueller Identität diskriminiert werden. Nach aktuellem Stand ist das ADB gezwungen für 2011 mit 38.500 Euro, rund 25% der Mittel von 2010, zu planen. Die Kürzung um 75% ergibt sich aus Einbußen in allen Bereichen. Die Stadt Leipzig plant laut Verwaltungsvorschlag eine Kürzung der Förderung um 60%. In der Konsequenz bedeutet dies auf personeller Ebene einen Abbau von 4 Stellen der 6 Stellen zum Dezember 2010 und einer weiteren Stelle im Juni 2011. Ab Juni 2011 besteht das ADB nach aktueller Lage aus einer hauptamtlichen Mitarbeiter_innenstelle von 20h/ Woche. Qualität ist aber nur auf einer ausreichenden finanziellen Basis möglich. Fehlt diese Basis, leidet die Arbeit. Es gibt einen Mindestbedarf von 2 mittelfristig abgesicherten Vollzeitstellen. Gelingt es nicht, die dafür nötigen Ressourcen aufzubringen, steht die Schließung des ADB als Gesamtprojekt noch für 2011 im Raum.

Quelle und Unterstützung unter:
www.adb-sachsen.de

FDP-Chef bekommt Medienschelte

Mit einem Negativ-Preis wurde der sächsische FDP-Vorsitzende Holger Zastrow „ausgezeichnet“. Die Sächsische Landespressekonferenz, der verschiedene Medien angehören, kritisierte damit Zastrows Medienpolitik. Unter anderem wurde ihm eine Behinderung der Pressearbeit und eine unprofessionelle Öffentlichkeitsarbeit attestiert. Weiterhin erwecke es den Anschein, dass andere FDP-Politiker_innen diesen Stil übernehmen. Immerhin war die Wahl von Zastrow für „Tonstörung 2010“ einstimmig.

In der Urteilsbegründung hieß es:

„Als politisch Verantwortlicher hat Holger Zastrow im vergangenen Jahr maßgeblich eine Anti-Medienstrategie praktiziert, die selbst nicht davor zurückschreckte, Journalisten in ihrer Arbeit zu behindern und deren Berichterstattung negativ zu beeinflussen. Durch gezielte Diskreditierung und Ausgrenzung von Journalisten und Medien sowie eine erschreckend unprofessionelle Öffentlichkeitsarbeit hat er versucht, kritische Berichte über seine politische Tätigkeit sowie über Entscheidungen seiner Landespartei, der FDP-Landtagsfraktion und der von der FDP geführten Staatsministerien zu behindern oder gänzlich zu unterbinden.“

Quelle: Landespressekonferenz Sachsen

Gründe gegen die „Extremismuserklärung“

„Die „Extremismuserklärung“ stellt alle diejenigen unter Generalverdacht, die sich täglich für praktizierte Demokratie und gegen Rechtsextremismus engagieren. Sie tun dies im Wissen, dass ihre Wohnungen, Büros und Autos Ziele neonazistischer Brandanschläge sind und dass sie selbst potenziell mit körperlichen Angriffen rechnen müssen. Ihr oft mühsamer Einsatz für die alltägliche Umsetzung demokratischer Werte und die gleichberechtigte, gesellschaftliche Teilhabe möglichst vieler Menschen sollte gewürdigt und nicht durch ein Klima des Misstrauens behindert oder gar unmöglich gemacht werden.

Ein tragfähiges Bekenntnis zur Demokratie kann nicht auf ordnungspolitischen Erwägungen basieren. Es setzt ein qualitatives, auf der Anerkennung der unteilbaren Menschenwürde beruhendes Demokratieverständnis voraus, in dem Unterschiede, Kritik und politische Auseinandersetzung nicht nur ausgehalten, sondern als Voraussetzung für eine gelebte, sich kontinuierlich weiter entwickelnde Demokratie begrüßt und gefördert werden.“

Der Text ist ein Teil der Erklärung „Extreme Zeiten“ verschiedener Initiativen. Mehr unter:
www.asf-ev.de (Aktion Sühnezeichen e.V.)

Gemeinsamer Aufruf gegen Naziaufmärsche Weiteres Buch in der Bibliothek

Am 12., 13. und 19. Februar wollen wieder tausende Nazis durch Dresden marschieren. Dabei nutzen sie die Bombardierung vom Februar 1945 für ihre menschenverachtende Ideologie und geschichtsverfälschenden Parolen. Es darf nicht hingenommen werden, dass der größte Naziaufmarsch in Europa unkommentiert bleibt. Wir rufen die Bürger_innen des Landkreises auf sich mit uns den verschiedenen Protesten anzuschließen. Wir wollen deutlich machen, dass humanistische Grundsätze nicht verhandelbar sind und wir für eine tolerante Gesellschaft stehen.

Im letzten Jahr gab es nach dem blockierten Aufmarsch mehrere gewalttätige Übergriffe in Pirna. Wir haben diese gemeinsam verurteilt und eine Aufklärung gefordert. Nun möchten wir gemeinsam in Dresden zeigen, dass wir uns nicht einschüchtern lassen. Der Protest darf nicht kriminalisiert werden, sondern als Form zivilen Engagements Achtung finden.

AKuBiZ e.V.

Bündnis 90/ Die Grünen KV Sächsische Schweiz - Osterzgebirge

Grüne Jugend Sächsische Schweiz - Osterzgebirge

DIE LINKE. Sächsische Schweiz - Osterzgebirge

linksjugend [solid] Sächsische Schweiz - Osterzgebirge

Bunte Jugend e.V.

VVN-BdA KV Sächsische Schweiz

Opferberatung des RAA Sachsen e.V.

Jusos Sächsische Schweiz - Osterzgebirge

AG Asylsuchende Sächsische Schweiz

Marcus Schubert (Prediger der Landeskirchlichen Gemeinschaft Pirna)

und andere Initiativen, Einzelpersonen, Gruppen...!



Jugend im Dritten Reich

Dr. Arno Klönne setzt sich in seinem Buch mit verschiedenen Facetten der nazistischen Erziehung im Dritten Reich auseinander. Als Professor für Soziologie an der Universität Paderborn nutzt er dafür seinen fachlichen Blick. 1931 geboren erlebte er die Erziehung aber auch direkt.

Auf 330 Seiten werden die Leitbilder der Hitlerjugend und die Wehrerziehung erörtert. Er schildert, wie die HJ zur Staatsjugend wurde und wie die Organisationsstruktur funktionierte. Aber nicht nur Nazi-Organisationen stehen in der Betrachtung des Buches. Klönne analysiert auch, wie Jugendliche im Widerstand aktiv werden. Dabei werden verschiedene Gruppen beleuchtet: die Edelweißpiraten, bündische Jugend oder kirchliche Initiativen. Im Abschluss gibt es dann noch einen ganz kurzen Blick auf jüdische Jugendbünde. Im Buch, welches 2003 im PapyRossa-Verlag veröffentlicht wurde, finden sich auch einige Originaldokumente.

(Jugend im Dritten Reich; Arne Klönne; PapyRossa 2003; Köln - ISBN 3-89438-261-9 - zahl nicht mehr als 8 Euro)

Große Nachfrage bei Veröffentlichungen

Nach mehreren Zeitungsartikeln zu den beiden neusten Veröffentlichungen des AKuBiZ, sind beide nun fast vergriffen. Von den 5500 Comic gibt es im Vereinsbüro nur noch 400, von den 2500 Flyern zum ehemaligen KZ Pirna-Zatzschke sind nur noch 300 zu haben.

Der Gedenkflyer ist nun in den Touristeninformationen der Stadt Pirna und der Gemeinde Lohmen zu bekommen. Auch das Büro für Demokratie der Stadt Pirna, alle Parteibüros und die Aktion Zivilcourage haben Exemplare erhalten.

Der Comic „Jetzt reicht's in Sachsnitz“ kann auch bei der RAA Opferberatung Dresden, dem Bürgerbüro (Bischofsplatz 6) Dresden oder dem Kulturbüro Sachsen bezogen werden.

Vor 75 Jahren - Sieg der Volksfront in Spanien

Wenig ist von den Erinnerungen an den Spanischen Bürgerkrieg geblieben. Als Gedenkort in Deutschland dient vor allem das 1968 errichtete Spanienkämpfer-Denkmal im Berliner Volkspark. Es gibt einige Sach- und weitere Roman-Bücher. In diesem Jahr nähern sich mehrere Gedenktage in diesem Zusammenhang.

Im Februar 1936 gewann die Volksfront in Spanien die Wahlen. Die relativ knappe Mehrheit reichte der „linken Liste“ nach dem zweiten Wahlgang zu rund 300 Sitzen. Dieses Bündnis linker Parteien wurde am 15. Januar des selben Jahres gegründet und umfasste unter anderem die sozialistische Arbeiterpartei PSOE, die kommunistische Partei PCE und die marxistische Arbeiterpartei POUM. Unterstützt wurde das Bündnis von der Gewerkschaften, der katalanischen Partei ERC und den anarchistischen Gruppen, die zum ersten Mal auf einen Wahlboykott verzichteten.

Doch die neue Regierung hatte kaum eine Chance sich zu entfalten. Nur wenige Monate später putschte das Militär unter General Franco gegen die Republik, was den 3 Jahre andauernden Spanischen Bürgerkrieg auslöste. Oft werden die internationalen Aspekte des Krieges relativiert und er so außer Zusammenhang gestellt. Die nationalsozialistischen/ faschistischen Regime konnten ihre Waffen testen, Soldaten entsenden und sich so auf den 2. Weltkrieg vorbereiten. Die fehlende Unterstützung der Republik brachte ihr die Niederlage und den Franco-Faschisten den Sieg. Ein System der Verfolgung, Unterdrückung und Ermordung wurde errichtet! Dessen Führer konnte bis 1975 weiter regieren, eine grundlegende Aufarbeitung beginnt erst seit wenigen Jahren.

Kranzniederlegung am 27.01.2011

Wie jedes Jahr gedenken in Pirna am VVN-Denkmal Vertreterinnen verschiedener Vereine, Initiativen, Schulen und Parteien den Opfern des Nationalsozialismus. Auf Einladung von Landrat und Pirnas Oberbürgermeister kommen

etwa 70 Menschen zusammen, um gemeinsam der vielen Ermordeten und Verfolgten des deutschen Faschismus zu erinnern. Schülerinnen der Pirnaer Goetheschule und der Pestalozzischule trugen eigene Beiträge vor. Oberbürgermeister Klaus-Peter Hanke (Freie Wähler) sprach für die Stadt Pirna und ermahnte zur Achtung vor Neonaziumtrieben unter anderem am 13.02. in Dresden. Er verwies zudem darauf, dass die Nazis 1933 durch demokratische Wahlen an die Macht gekommen sind und auch heute demokratische Rechte für ihre Zwecke missbrauchen. Er formulierte auch für die Stadt Pirna als Ziel sich weiter gegen Rechts stark zu machen.

Eine Stunde vorher legten Antifaschistinnen in Copitz Blumen nieder. Dort steht ein Gedenkstein für vier Ermordete. Sie waren Mitglieder der SPD und KPD. An beiden Veranstaltungen nahmen Mitglieder des AKuBiZ teil. Weiterhin wurden Blumen am KZ-Gedenkstein in Lohmen und am Eingang des ehemaligen KZ Pirna niedergelegt. Offizielle Veranstaltungen gab es auch in weiteren Städten des Landkreises.

partigiani in Görlitz gezeigt

Görlitz. Eine Woche lang war die Ausstellung partigiani zu Gast in Görlitz. Der Stadtjugendring zeigte sie in seinen Räumen, wo auch ein Vortrag zur historischen Betrachtung stattfand. Die Ausstellung zeigt die Ereignisse von Aufstieg des Faschismus über die deutsche Besatzung bis zur Befreiung. Der Zeitraum um den 27.01. war gut gewählt und erinnerte an die Opfer des Nationalsozialismus, die es in allen europäischen Ländern gab.



Aktuelle Neuigkeiten und Veranstaltungen im Februar:



Dresden Nazifrei! - Bündnis gegen die geplanten Naziaufmärsche

Wir halten an unserem erklärten Ziel fest, Europas größten Naziaufmarsch endgültig Geschichte werden zu lassen, und rufen für den 19.02 bundesweit zur Verhinderung des Naziaufmarschs mittels Massenblockaden auf. Es hat sich abgezeichnet, dass die Nazis an diesem Tag ihr zentrales Event veranstalten wollen, was es für uns auf jeden Fall zu verhindern gilt! Tragt diesen Termin in Eure regionalen Vorbereitungskreise und Strukturen.

Für den 13. Februar mobilisieren die Nazis regional zu einem Fackelmarsch nach Dresden. Dieses Ereignis können und werden wir nicht unkommentiert lassen. Wir rufen vor allem die Dresdnerinnen und Dresdner und alle Menschen in der Region dazu auf, sich mit öffentlichkeitswirksamen und vielfältigen Aktionen diesem entgegenzustellen. Auch am 13. Februar werden wir es nicht bei einem symbolischen Protest belassen.

Quelle: www.dresden-nazifrei.com

Neue Broschüre des AKuBiZ

Ende 2010 erschien ein neues Heft, welches vom Verein AKuBiZ herausgegeben wurde. Darin sammelte Steffen Richter 22 Lieder in unterschiedlichen Sprachen. Unterteilt sind die Lieder in „Lieder aus Italien“, „Spanischer Bürgerkrieg“, „Lieder in jiddischer Sprache“ und „Lieder in deutscher Sprache“. Das Heft soll widerständige Lieder aufzählen. „Das Gedenken an den Widerstand gegen faschistischen Terror und nazistische Vernichtung sollte auf verschiedene Weise beibehalten werden. Das Heft soll einen Beitrag dazu leisten.“ heißt es im Vorwort der 40-Seitigen Broschüre. „mamita mia“ kann nun über akubiz@gmx.de bezogen werden.

mamita mia Lieder des Widerstands



Pirna LINKS:

<http://asylsuchende.blogspot.de>
www.akubiz.de
<http://pirratten.pi.funpic.de>
<http://elbsandstein.blogspot.de>
www.vvnbd-sachsen.de
www.raa-sachsen.de
www.kulturbuero-sachsen.de
www.attenzione-pirna.de
www.gedenkplaetze.info
<http://ablehnung.blogspot.de>

Impressum:

Die „attenzione“ versteht sich als alternatives Informationsheft des Vereins AKuBiZ e.V.
V.i.S.d.P.: AKuBiZ e.V.
Postfach 100204; 01782 Pirna
Internet: www.attenzione-pirna.de
E-Mail: akubiz@gmx.de
Erscheinungsweise: bis auf weiteres einmal jeden Monat.